Abend- **№ 593.** **Ausgabe.**

Berlin, Mittwoch, **den 18. December 1872.**

Dieses Blatt erscheint in der Woche **zwölfmal.**

Abonnements-Preis: vierteljährlich für Berlin 2 ℛ 15 Sgr. für ganz Preussen, das übrige Deutschland und ganz Oesterreich 3 ℛ.

Insertions-Gebühr: die dreigespaltene Zeile 3 Sgr.

Berliner Börsen-Zeitung.

Alle Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an; für Berlin die Expedition.

Als Gratisbeilagen erscheinen ausser anderen **tabellarischen Uebersichten** Sonnabends Nachmittags: **Allgemeine Verloosungstabelle** und Sonntags früh: **Börse des Lebens.**

Die einzelne Nummer kostet 2½ Sgr.

Expedition der Börsen-Zeitung: **Kronenstrasse No. 37.** — Annahme der Inserate: **in der Expedition.**

Wir bitten unsere Abonnenten, die Bestellung unserer Zeitung für das nächste Quartal recht bald erneuern zu wollen, damit wir die Stärke der Auflage darnach bemessen und die Unannehmlichkeiten vermeiden können, bei verspäteter Bestellung unvollständige Exemplare zu liefern. Die Zeitung erscheint 12 Mal in der Woche. Die Abonnementsbedingungen bleiben unverändert. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir unseren Lesern sowohl aus dem Bereiche der Industrie und des Handels, wie in Beziehung auf die politischen Tagesereignisse bieten, die Promptheit unserer Nachrichten, die verschiedenen zur Zeitung gegebenen Beilagen, sind unseren Lesern so bekannt, dass wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas hinzuzufügen. Die grossen tabellarischen Uebersichten über alle Gebiete des Deutschen Actienwesens werden wir, wie alljährlich, auch beim Beginn des nächsten Jahres als Beilagen zu unserer Zeitung erscheinen lassen, ebenso wird die seit dem Beginne des vorigen Jahres ausgegebene Zusammenstellung aller existirenden Deutschen und Oesterreichischen Actien-Gesellschaften in kürzester Zeit beendet, und werden wir die bereits erschienenen 108 Bogen dieser Tabelle den neu hinzutretenden Abonnenten auf einen uns dieserhalb kundzugebenden Wunsch unentgeltlich nachliefern.

Alle Post-Anstalten nehmen Bestellungen an; in **Berlin** die Zeitungs-Spediteure und

die Expedition der Berliner Börsen-Zeitung.
(Kronenstrasse No. 37.)

Telegraphische Depeschen.

Königsberg, 18. December. (W. T. B.) Der Pregel und das diesseitige Haff sind heute bei einer Kälte von 4 Grad mit einer Eisdecke belegt. Der Verkehr durch Segel- und Dampfschiffe hat aufgehört.

Stettin, 18. December. (W. T. B.) Der dem Baltischen Lloyd gehörige Postdampfer „Thorwaldsen" ist gestern mit Passagieren, Post und voller Ladung nach New York abgegangen.

Köln, 18. December. (W. T. B.) Die Englische Post aus London vom 17. December Morgens ist ausgeblieben.

Wien, 17. December. (W. T. B.) Der Kaiser hat heute die Eidesableistung des zum Ungarischen Minister für Landesvertheidigung ernannten Ministerialraths Ela Szendi entgegengenommen.

Paris, 17. December. (W. T. B.) „Bien public" constatirt, dass der Präsident der Republik durch seine Rede in der Dreissiger-Commission sich mit den von Dufaure ausgesprochenen Ansichten völlig einverstanden erklärt habe. Dasselbe Blatt versichert, dass die Dreissiger-Commission zu einer vollständigen Verständigung mit der Regierung geneigt sei.

Versailles, 18. December. (W. T. B.) Die Dreissiger-Commission wird heute über die vom Präsidenten Thiers ihr gemachten Vorschläge berathen. Der Präsident wird jedoch der Sitzung nicht beiwohnen. Die Parlamentsferien wird Thiers in Paris zubringen und im Palais Elysée seinen Aufenthalt nehmen. Die Seine steigt noch immer; viele Punkte der Stadt sind überschwemmt.

Madrid, 18. December. (W. T. B.) In der gestrigen Sitzung des Congresses erklärte der Ministerpräsident Zorilla, dass die Regierung Reformen auf dem Gebiete der Municipalverwaltung in Portorico einzuführen und die Sclaverei daselbst abzuschaffen beabsichtige. Die karlistischen Unruhen liessen entschieden nach, der republikanische Aufstand sei unterdrückt, die Ordnung sei hergestellt und gesichert. Der Congress nahm hierauf mit 182 gegen 6 Stimmen einen Antrag an, welcher die beifällige Aufnahme dieser Erklärung durch den Congress aussprach.

Rom, 17. December. (W. T. B.) Die zur Berichterstattung über die Amendements zum Gesetze über die religiösen Körperschaften niedergesetzte Commission ist aus 4 Deputirten der Rechten und 3 Mitgliedern der Linken zusammengesetzt. Die Kammer, welche heute das Budget des Ministeriums des Innern berieth, wird sich vom 21. d. M. bis zum 10. k. M. vertagen.

London, 18. December. (W. T. B.) Ein abermaliger orkanartiger Sturm hat in Shields, Malton, Grimsby, Hartlepool und St. Andrews grosse Verheerungen und darunter auch viele Schiffsunfälle herbeigeführt. In Lancashire sind durch den unaufhörlichen Regen ganze Landstrecken unter Wasser gesetzt, in Derbyshire hat ein ausserge-wöhnlich starker Schneefall stattgefunden, so dass überall die Flüsse und Gewässer steigen. Die Umgebung Leamington's gleicht einem See und auch hier fällt fortwährend starker Gussregen.

Bukarest, 17. December. (W. T. B.) Die Deputirtenkammer hat nach zweitägiger Debatte über die von der Regierung am 13. September d. J. verfügte Uebernahme der Eisenbahnen den von Vernescu gestellten Antrag auf Missbilligung des Verhaltens der Regierung, auf Nichtanerkennung der Uebernahme der Eisenbahnlinien und auf Ablehnung der Staatsgarantie für dieselben mit grosser Majorität zurückgewiesen und dagegen ein aus demselben Anlass für die Regierung proponirtes Vertrauensvotum mit 86 gegen 25 Stimmen angenommen. Die definitive Uebernahme der Eisenbahnen durch die Staatsregierung ist nunmehr für alle Zukunft ausser Zweifel gestellt.

Washington, 18. December. (W. T. B.) Die Anglo-Amerikanische Commission für die Untersuchung der Schadenansprüche Britischer Unterthanen hat bisher 150 Schadensliquidationen erledigt und die Mehrzahl der Forderungen, darunter die Forbesche von 23 Millionen, verworfen. Die Commission hat sich bis zum 6. Januar k. J. vertagt.

Berlin, den 18. December.

— Die 19. Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses wurde um 1½ Uhr vom Präsidenten von Forckenbeck eröffnet. Derselbe theilt dem Hause mit, dass die Commission für die Eisenbahn-Commissariate gewählt sei, die Abgg. Dr. Löwe zum Vorsitzenden, v. Rauchhaupt zu dessen Stellvertreter, Dr. Lieber zum Schriftführer, und Stengel zu dessen Stellvertreter ernannt hat. Ebenso ist die Commission zur Vorberathung des Fischereigesetzes gewählt, und hat dieselbe den Abg. v. Schorlemer-Alst zum Vorsitzenden, den Abg. Bunsen zu dessen Stellvertreter, den Abg. Hubert zum Schriftführer und den Abg. v. Salven zum Stellvertreter des Letzteren gewählt. Die Justizcommission endlich ist Behufs Prüfung des Gesetzentwurfes, betreffend die staatsrechtliche Stellung des Fürstlichen Hauses zu Sayn-Wittgenstein, durch die Abgg. Klotz (Berlin), von Bismarck, Ruppel, Windthorst, Dr. Behning, Graf Schweinitz und Brüning verstärkt worden.

Die erste Nummer der Tagesordnung ist die dritte Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Ablösung der Reallasten in der Provinz Schleswig-Holstein.

Nach einigen Worten des Regierungs-Commissars wird das Gesetz ohne Discussion angenommen.

Es folgt der Bericht der Petitions-Commission; deren erste die Petition des Bürgermeisters von Langenschwalbach betrifft, welcher die Verlängerung der von Diez an der Lahn über Hahnstätten nach dem sogenannten Zollhaus führenden Eisenbahn im Interesse des Badeortes Langenschwalbach beantragt. Die Commission hat in Berücksichtigung des Umstandes, dass diese Stichbahn ausschliesslich im Interesse der Montan-Industrie gebaut sei, eine Verlängerung derselben aber diesem Zwecke nicht dienen würde, das von dem Petenten angegebene Interesse für Langenschwalbach dagegen nicht wichtig genug erscheine, um deshalb eine besondere Bahn zu bauen, den Uebergang zur Tages-Ordnung beantragt. Das Haus beschliesst nach einer kurzen Motivirung des Antrags durch den Referenten dem entsprechend.

Hiernach beschäftigt sich das Haus mit der Petition der Wittwe des am 19. Mai d. J. in Folge seiner Verwundung bei Sedan verstorbenen Hauptmannes Rose. Der Verstorbene wurde, wenn er am 1. Mai d. J. verstorben wäre, seiner Wittwe, dem Pensionsgesetz vom 27. Juni 1871 gemäss, eine um 200 ℛ höhere Pension hinterlassen haben, da nach diesem Gesetze auch die Hinterbliebenen der im Kriege erkrankten und innerhalb eines Jahres nach erfolgtem Friedensschlusse gestorbenen Militairpersonen berücksichtigt werden. Die Commission hat auch hier den Uebergang zur Tages-Ordnung empfohlen.

Abg. Arndts spricht gegen die einfache Tagesordnung, nimmt vielmehr seinen bereits in der Commission gestellten, dort aber abgelehnten Antrag hier wieder auf, dem Abgeordnetenhause den Uebergang zur Tages-Ordnung über die Petition zu empfehlen, da trotz der offenbaren in dem vorliegenden Falle besonders schroff hervortretenden Härte ohne Aenderung des Gesetzes eine Abhülfe nicht zu schaffen ist. Er motivirt denselben damit, dass es sich nicht gezieme, die Wittwe eines in Folge seiner Wunden verstorbenen Officiers, wie geschehen, auf die Privatwohlthätigkeit anzuweisen, nur weil der Tod desselben wenige Tage später erfolgt sei.

Abg. v. Hennig macht ebenfalls auf die in diesem Falle hervortretende Härte des Gesetzes aufmerksam.

Abg. Berger (Witten) schliesst sich diesen Ausführungen an, und bezieht sich dabei auf die Beurtheilung, welche gerade dieser Fall, und der in Bezug auf ihn gefasste Commissionsbeschluss, wie er aus eigener Erfahrung wisse, im Auslande erfahren habe.

Der Finanzminister weist das Gesetzmässige in dem seitens der Regierung beobachteten Verfahren nach, wenngleich er auch seinerseits nicht die Härte verkennt, die hier zu Tage trete. Ein Grund zur Aenderung und Erweiterung des betreffenden Gesetzes liege aber um so weniger vor, als ja immer doch irgend eine Grenze gezogen werden müsse. Uebrigens sei die Sache viel besser für den Reichstag geeignet, denn das Pensionswesen sei eben Reichssache. Vielleicht würde es sich empfehlen, einen Gnadenfonds für das Reich zu bilden, der dem Kaiser zur Verwendung für solche Fälle zur Disposition gestellt würde, wie dies in Preussen der Fall sei. Jedenfalls würde aber die Privathülfe hier helfend eingreifen.

Nachdem der Abgeordnete Gneist für die einfache, der Abgeordnete Müller für die motivirte Tagesordnung plaidirt, wird vom Hause die erstere angenommen.

Eine Petition, welche gegen die Betheiligung der Geistlichen an der Erhebung der Hebammensteuer gerichtet ist, wird durch Annahme des Commissionsantrages auf Uebergang zur Tagesordnung erledigt, da die Regierung in der Commission erklärt hat, dass die Beseitigung des jetzigen Modus der Erhe-